
832/AB XXIII. GP

Eingelangt am 13.07.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Brigid Weinzinger, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Mai 2007 unter der Nr. 823/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umsetzung der UNO-Resolution 1325 - Förderung von Frauen in der Konfliktvermeidung und Konfliktbeilegung" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend halte ich fest: Frauen repräsentieren die Hälfte des menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Potenzials der Welt. Die Welt kann es sich nicht leisten, auf dieses Potenzial zu verzichten. Frauen fordern daher ihren gerechten Anteil in Positionen im Bereich der internationalen Mediation und Friedensschaffung.

Österreich unterstützt diese Forderung im Rahmen der Vereinten Nationen wie auch der Europäischen Union und setzt sich für die verstärkte Berücksichtigung von Frauen bei der Auswahl von Vermittlern in Konflikten ein. Die aktive Rolle von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen stand auch im Mittelpunkt der Nahost-Frauenkonferenz, zu der ich Ende Mai 2007 Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft, Medien und der Zivilgesellschaft nach Wien eingeladen habe.

Zu den Fragen 1 und 2:

Die für den Genderschwerpunkt „persönliche Sicherheit“ im Zeitraum 2006-2009 bereitgestellten OEZA Mittel betragen insgesamt rund 15,5 Mio. Euro. Für 2007 sind rund 7,0 Mio. Euro, für 2008 4,5 Mio. Euro für konkrete Projekte budgetär gebunden.

Mit diesen Mitteln werden folgende Maßnahmen zur Stärkung der persönlichen Sicherheit und zur Umsetzung der VN-SR-Res. 1325 (2000) umgesetzt:

- Frauenhäuser für misshandelte/gehandelte Frauen in Südosteuropa (z.B. Projekte mit Caritas in Kosovo)
- Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) in Afrika (z.B. Projekt mit Ärzte ohne Grenzen in Äthiopien)
- Stärkung der Frauenrechte (regionale Projekte in Afrika mit UNIFEM, weitere Projekte in Äthiopien, Pakistan und Indonesien)
- Unterstützung von Friedensprozessen und Konfliktvermeidung (z.B. Projekte mit UNICEF und Horizont3000 in Norduganda und Sri Lanka)
- Rehabilitierungshilfen in Flüchtlingslagern (Projekte in Norduganda)
- Hilfe für Ex-KindersoldatInnen (Projekte in Norduganda)
- Maßnahmen gegen Frauen-/Kinderhandel vorwiegend in Südosteuropa (Projekte mit IOM, UNODC, OSCE)

Zu den Fragen 3 und 4:

Ein österreichischer Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Sicherheitsratsresolution 1325 (2000) ist derzeit in Ausarbeitung und soll in der zweiten Jahreshälfte 2007 vom Ministerrat beschlossen werden. Der Aktionsplan wird vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt (Frauensektion), Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Justiz, Bundesministerium für Landesverteidigung und der Austrian Development Agency (ADA) in Konsultation mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft erstellt.

Zu Frage 5:

Österreich nimmt bei Verankerung von Gender in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) eine führende Rolle ein: Unter österreichischem EU-Vorsitz wurde im Jahr 2006 eine Gender-Checkliste mit konkreten Maßnahmen für ESVP-Operationen erstellt. Im Jänner 2007 wurden auf österreichische Initiative die zur Erneuerung anstehenden Mandate für EU-Sondergesandte um einen Auftrag zum Monitoring und zur Berichterstattung über Menschenrechts- und Frauenrechtsthemen ergänzt. Im Mai 2007 wurde dies auch für das Mandat im Kosovo erreicht, was für Österreich ein besonderes Anliegen darstellte.

Da es unter den neun EU-Sondergesandten derzeit keine einzige Frau gibt, habe ich die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU beauftragt, diese Tatsache bei der Verhandlung von Leitlinien zur Auswahl von zukünftigen EU-Sondergesandten besonders zu beachten.

Zu Frage 6:

2007 beträgt der österreichische Beitrag zu diesem Fonds 300.000,- € (Budgetlinie: „Beiträge an internationale Organisationen“). Die OEZA finanziert zusätzlich von Mitte 2006 bis Mitte 2008 eine Junior Professional Officer Position für den von UNIFEM verwalteten UN-Anti-Gewaltfonds, die mit einer Österreicherin besetzt ist (Betrag 200.000,- €).

Zu Frage 7:

Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen war im Menschenrechtsbereich ein Schwerpunktthema des österreichischen und finnischen EU-Ratsvorsitzes im Jahr 2006. Ich bin anlässlich des EU-Lateinamerika-Gipfels am 10. Mai 2006 in Wien mit Menschenrechtsverteidigerinnen aus Mexiko, Guatemala und Kolumbien zusammengetroffen, um von diesen engagierten Frauen eine persönliche und authentische Einschätzung der Menschenrechtssituation in ihren Ländern zu bekommen.

Weiters wurden die lokalen Vertreter der EU-Präsidentschaft in über 50 Drittstaaten angewiesen, mit den Menschenrechtsaktivistinnen sichtbar Kontakt zu halten und ihrer Arbeit erhöhte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, wodurch diesen ein erhöhter Schutz vor Verfolgung geboten werden kann. Auch nach dieser Kampagne setzt sich die EU für Frauen ein, die sich für die Menschenrechte anderer engagieren, sei es durch Interventionen bei Behörden oder durch öffentliche Erklärungen (z.B. zuletzt im Iran).

Österreich unterstützt darüber hinaus konkrete Projekte wie z.B. eine Initiative von Amnesty International für eine bedrohte Gewerkschafterin aus Guatemala im Jahr 2006 und ein Ausbildungszentrum für Frauen in Nikaragua.